



Nr. 154.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

92. Jahrgang.

Bezeichnung: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einseitige Seite 10 Pfg., außerhalb desselben 12 Pfg., in Klammern 25 Pfg. Schluß für Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. Fernspr. 2.

Donnerstag, den 5. Juli 1917.

Bezugpreis: In der Stadt mit Trägerlohn M. 1.65 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- und Nachbarortsbereich M. 1.50, im Fernort 1.65. Bestellgeld in Württemberg 50 Pfg.

Die russische Offensive aufgehalten.

Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

Die amtliche deutsche Meldung.

Ein neuer Erfolg am Chemin des Dames.

Ein neuer russischer Angriff bei Brzezany abgewiesen.

(WTB.) Großes Hauptquartier, 4. Juli. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Infolge Dunktes und dadurch erschwerter Beobachtung blieb die Gefechtsintensität bis zum Abend gering, dann lebte sie in einzelnen Abschnitten bis zum Dunkelwerden auf. Nachts kam es mehrfach zu Erkundungsgeschehen die uns Gefangene und Beute einbrachten.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz: Westlich von Cerny, am Chemin des Dames, griffen die Franzosen nachts zweimal die von uns gewonnenen Gräben an, beidemal wurden sie zurückgeschlagen. Die kampfbewährten Lippechen und westfälischen Bataillone stießen dem weichen Gegner nach, schoben ihre Stellungen vor und machten eine größere Zahl von Gefangenen. Auch westlich von Cerny und bei Craonne waren Unternehmungen unserer Stoßtrupps erfolgreich.

Heeresgruppe Herzog Albrecht: Nichts Besonderes. Westlicher Kriegsschauplatz. Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern: In Ostgalizien vermosten die Russen gestern ihre Angriffe nur bei Brzezany zu wiederholen. Trotz Einsetzens frischer Kräfte kamen sie nicht vorwärts. In zäher Verteidigung und freischem Gegenstoß hielten sächsishe Regimenter ihre Stellungen gegen zahlreiche Angriffe und fügten dem Feind hohe Verluste zu. Im Abschnitt Koniuach-Borow starker Artilleriekampf. Die Tätigkeit der Artillerie war auch bei Brody und am Stohod zeitweilig sehr lebhaft.

An den übrigen Fronten keine größeren Gefechtsaktionen.

Mazedonische Front: Nichts Neues.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die gestrige Abendmeldung.

(WTB.) Berlin, 4. Juli. Abends. Amtlich wird mitgeteilt: Weder im Westen noch im Osten größere Kampfhandlungen. Erfolgreiche eigene Fliegeraktivität.

Von der Aisne und der galizischen Front.

(WTB.) Berlin, 4. Juli. Während es an der flandrischen Front und an der Arrasfront den 3. Juli über ruhig blieb, setzten an der Aisnefront die Franzosen am Abend des 3. Juli neuerlich zu mehreren unglücklichen Gegenangriffen an. Nachdem das Artilleriefeuer tagsüber verhältnismäßig gering gewesen war, steigerte es sich gegen Abend und wuchs bis 10 Uhr zum Trommelfeuer, dem Angriffe auf dem linken Flügel der neuen deutschen Stellung bei Cerny folgten. Die angreifenden Franzosen brachen im Feuer zusammen. Auf eigenen Antrieb stießen zwei Kompagnien den Fliehenden nach und schoben an dieser Stelle die eigenen Linien weiter vor. Ungefähr zu gleicher Zeit füllten sich weiter westlich am Boirelle-Rücken die französischen Gräben mit Sturmtruppen. Sobald dies die gegenüberliegende deutsche Grabenbesatzung bemerkte, trat sie aus ihren Gräben heraus, griff den zum Angriff bereitgestellten starken Gegner überraschend an und gestreute ihn. Um Mitternacht versuchten die Franzosen einen neuen Angriff bei Cerny, der gleichfalls unter blutigen Verlusten scheiterte. — An der Ostfront ist in der großen russischen Zwangsoffensive bereits am 3. Kampftag eine Pause eingetreten. Die Rücksichtslosigkeit, mit der hier die russischen Divisionen unter Leitung englischer und französischer Offiziere in den Kampf getrieben wurden, stand den blutigen Methoden der zaristischen Heerführung kaum nach, ja übertraf sie womöglich. Die zahlreichen Gefangenen, die eingebracht wurden, waren froh, dieser Hölle entronnen zu

Die russische Offensive die Folge eines englisch-französischen Ultimatus.

Köln, 4. Juli. Die „Kölnische Zeitung“ erfährt aus Kopenhagen von zuverlässiger Quelle, daß der gegenwärtige russische Offensivversuch die Folge eines englisch-französischen Ultimatus ist, das der russischen Regierung Mitte Juni überreicht wurde und die Forderung enthielt, die geplante Offensive müsse am 1. Juli beginnen. Falls Rußland hierauf nicht eingehe, werde diese Weigerung von den Alliierten als feindliche Handlung angesehen und Japan angewiesen werden, Rußland gegenüber die erforderlichen „Sicherheitsmaßnahmen“ zu ergreifen.

sein. Uebereinstimmend sagten sie aus, daß Kavallerie bereit stand, um die Weichenden wieder in den Kampf zu treiben. Am 3. Juli stockte an der ganzen russischen Front der Angriff. Lediglich bei Brzezany vermosten die Russen ihre Angriffe zu erneuern. Das schauerliche Bild von der Frühjahressoffensive 1916, wo die Angreifer regimentsweise fielen, wiederholte sich. Alles Einschleichen frischer Kräfte half den Russen nicht weiter. Bereits am Vormittag waren südlich Brzezany mehrere starke russische Angriffe zusammengebrochen. Um 1 Uhr nachmittags setzte auf die Stellungen nördlich der Bahn Brzezany-Tarnopol erneut starkes Feuer aller Kaliber ein. Gegen Abend griffen die Russen die Höhe von Brzezany an. Ein Russenneß von Kompagniebreite war der ganze Erfolg der mit vielfacher Ueberlegenheit angeführten Angriffe. Es ist jetzt größtenteils wieder gesäubert. Eigene Vorstöße in die russischen Stellungen am Westufer der Flota-Lipa und dem Zwjzgn brachten Gefangene ein.

Der russische Bericht.

(WTB.) Petersburg, 5. Juli. Amtlicher Bericht von vorgestern. Westfront: In der Richtung auf Zloczow geht unsere Offensive weiter. Am 2. Juli gegen 3 Uhr nachmittags bemächtigte sich das Regiment Jaraisk nach einem erbitterten Kampfe des Dorfes Presorag und die tapferen Truppen der 4. finnischen Division, sowie die tschechisch-slowenische Brigade mächtig besetzter Stellungen auf den Hügeln westlich und südwestlich des Dorfes Schorow und des besetzten Dorfes Korshlow nachdem sie drei Linien feindlicher Gräben durchstoßen hatten. Der Gegner zog sich jenseits der Maia Strypa zurück. Die finnische Division brachte 1500 Offiziere und Soldaten, 4 Grabengeschütze, 9 Maschinengewehre ein. Die tschechisch-slowenische Brigade brachte 62 Offiziere und 3150 Mann, sowie 15 Geschütze und zahlreiche Maschinengewehre ein, deren Mehrzahl gegen den Feind verwendet wurde. Wir nahmen gleichfalls feindliche Stellungen westlich von Jasporka. Insgesamt machten wir bei dem Kampfe am 3. Juli in der Richtung auf Zloczow 6300 Offiziere und Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten 21 Geschütze, 16 Maschinengewehre und mehrere Minenwerfer. Die Zahl der Gefangenen wächst weiter. Südöstlich von Brzezany gehen die Kämpfe weniger heftig weiter. Im Laufe des Kampfes am 1. Juli in dieser Gegend nahmen wir 53 Offiziere und 3200 Mann gefangen. An der übrigen Front Abwehrfeuer. — Rumänische und Kaukasusfront: Gewehrfeuer.

Die Ansicht der russischen Regierung über den Verlauf der Offensive in Galizien.

(WTB.) Petersburg, 5. Juli. Die Petersb. Tel.-Ag. meldet: Nach den vorläufigen Regierung zugegangenen Nachrichten entwickelt sich die Offensive an der Südwestfront durchaus günstig.

Weitere Ausdehnung der russischen Offensive.

Basel, 4. Juli. Nach Meldungen aus London wird der „Daily Mail“ aus Petersburg telegraphiert, daß man mit einer weiteren Ausdehnung der russischen Offensive rechnet. Die Disziplin bei der Armee hätte sich infolge des beginnenden Angriffs gefestigt. Im Nordabschnitt der russischen Front hat der Artilleriekampf seit 48 Stunden eine beträchtliche Steigerung erfahren und es erseheint wahrscheinlich, daß auch dort die Front bald in Bewegung kommt.

Bern, 4. Juli. Der russische Mitarbeiter des „Berner Bund“ erfährt, daß die Leitung der russischen Offensive an der Südwestfront in den Händen des 48 Jahre alten Generalleutnant Alexew Gutor liege, der schon am russisch-japanischen Kriege teilnahm. Im gegenwärtigen Feldzug führte er zuerst die 34. Infanterie-Division und zeichnete sich in den Karpathenkämpfen aus. Nach der März-Revolution, der er sich sofort anschloß, wurde Gutor zum Kommandanten der 11. Armee ernannt. Er ist bei Soldaten und Offizieren sehr beliebt.

Neue U-Bootsfolge.

(WTB.) Berlin, 4. Juli. (Amtlich.) Neue U-Bootsfolge im Atlantischen Ozean und in der Biscaya: 5 Dampfer, 4 Segler. Unter den vernichteten Schiffern befinden sich u. a. die englischen Dampfer „Leviotdale“ (3847 Tonnen) auf dem Wege nach England, „Kahanada“ (7196 Tonnen), der Munition geladen hatte und fast gleichzeitig mit der Torpedobetonation in die Luft flog, ein großer bewaffneter Dampfer, anscheinend mit Erzladung auf dem Wege nach England, der englische Dreimastschoner „Carric Harven“.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Englischer Fliegerangriff auf Jerusalem.

(WTB.) Konstantinopel, 2. Juli. (Agentur Milli.) Englische Flieger warfen in der letzten Woche über 70 Bomben auf die Stadt Jerusalem. Es waren weder Menschenverluste noch bedeutender Schaden zu verzeichnen. Die Beschädigung einiger heiliger Stätten ist ebenfalls nicht sehr bedeutend. Wir überlassen der öffentlichen Meinung das Urteil über dieses Vorgehen, das mit allen Grundätzen der Zivilisation und Menschlichkeit in schreiendem Widerspruch steht.

Aufstand in französisch Marokko.

(WTB.) Konstantinopel, 2. Juli. Nach Berichten, die der Agenur Milli aus zuverlässiger Quelle zugegangen sind, setzen in der algerischen Sahara die dort operierenden Mudschahidi vom Stamme der Tuareg den Druck gegen die französischen Abteilungen fort. Die Bewegungen der Mudschahidi des Sudan entwickelten sich erfolgreich und immer reger. Eine aus 80 Mann bestehende französische Abteilung die aus Wilma, dem Hauptort von Kanea, entsandt worden war, wurde bei Agadir völlig vernichtet. Die Mudschahidi machten einige Gefangene und erbeuteten ein Geschütz. Die französischen Truppen von Agadir werden gegenwärtig dort belagert.

Die Machenschaften Englands in Holland.

(WTB.) Amsterdam, 4. Juli. Wie die Blätter berichten, sind im Rattenburg-Distrikt gegen Abend weitere Ausschreitungen vorgekommen. Verschiedene Läden wurden geplündert. Gegen 11 Uhr abends ging die Polizei mit dem Revolver in der Hand zur Räumung der Straßen vor. Dabei wurden in der Doffenburger Hoerstraat zwei Personen ernstlich verwundet. In der Umgebung des Gemüsemarktes kam es ebenfalls zu Zusammenstößen. Mehrere Burshen plünderten einige Läden. Polizei und Militär, die mit der größten Geduld die Menge zum Auseinandergehen bewegen woll-

ten, sahen sich schließlich genötigt, scharf vorzugehen, da sie von allen Seiten bedroht und angegriffen wurden. Das Militär feuerte und vier junge Burtschen wurden getötet und eine große Anzahl verwundet.

Berlin, 4. Juli. Nach einer Amsterdamer Meldung der „Boschischen Zeitung“ ist es gestern in Amsterdam wiederum zu heftigen Zusammenstößen zwischen Polizei, Militär und Publikum gekommen. Die Zahl der ausgeplünderten Läden beziffert sich auf Dutzende. An der Diamantbörse hatte vorher eine Versammlung stattgefunden, die von zweitausend Personen besucht war. Mehrere Redner erklärten, daß der Streik für das Proletariat das einzige Mittel sei. Wie der „Täglichen Rundschau“ aus dem Haag gemeldet wird, bestätigen die Nachrichten an zuständiger Stelle, daß man in holländischen Regierungskreisen die Unruhen ernstlich auffaßt als ursprünglich vermutet werden konnte, da kein Fehl daraus gemacht wird, daß die unauffällig vorgenommene Feststellung der Polizei das Bestehen einer gegen die Regierung gerichteten politischen Propaganda ergeben haben. Von einer revolutionären Bewegung kann derzeit noch keine Rede sein, wo es sich um Unruhen handelt, ist es eine Agitation hauptsächlich deutschfeindlicher Natur, die den Rücktritt des Landwirtschaftsministers, wenn nicht des ganzen Kabinetts herbeizuführen sucht. Sehr erbittert sagt der „Nieuwe Courant“, daß das schreckliche Wort Hungersnot mit Bezug auf Holland schändlich mißbraucht werde. Das Blatt bezeichnet den (in den Diensten Englands stehenden und von englischem Kapital durchgehaltenen) Amsterdamer „Telegraaf“ als den Hauptschuldigen, da festgestellt worden sei, daß die Leute, die in dem Antismuggelbureau des Amsterdamer „Telegraaf“ tätig seien, bei den Hehereien eine führende Rolle gespielt hätten.

Das Antismuggelbüro beaufsichtigt den Verkehr nach Deutschland, um zu verhindern, daß irgendwelche Nahrungsmittel oder Rohstoffe, deren Ausfuhr verboten ist, nach Deutschland gelangen. Das Büro wird natürlich vollständig von englischem Geld betrieben. Die Unruhen tragen deutschfeindlichen Charakter, weil man dem Straßenmob vormacht, die Teuerung und Lebensmittelnot rühre von der Tätigkeit der U-Boote her, während sie tatsächlich auf die Beschränkung der Einfuhr durch England zurückzuführen ist. Gegen die neuerliche schwere Beeinträchtigung des überseeischen Handels Hollands infolge der erweiterten Seesperre infolge der erweiterten Seesperreerklärung seitens Englands hat die holländische Regierung energischen Protest erhoben und eine Abänderung verlangt. Wahrscheinlich zur Ablenkung des Unmutes des holländischen Volkes sind nun diese deutschfeindlichen Kundgebungen inszeniert worden, die zugleich gegen die Regierung gerichtet sind, die sich den englischen Wünschen nicht unterordnen will. Die Schriftl.

Die Erkenntnis der englischen Brutalität.

(W.B.) Berlin. Wie das „Berliner Tageblatt“ sich aus dem Haag melden läßt, sprechen die Blätter ganz offen aus, daß auf englischer Seite Beweise von jener Rücksichtslosigkeit vorliegen, die man sonst dem Geiste des deutschen U-Bootkrieges vorgeworfen habe. Obgleich bestimmte Maßregeln die Lebensmöglichkeit eines neutralen Landes bedrohen, habe das für die britische Admiralität wenig Gewicht.

Der Druck der Entente auf den Neutralen.

„Die Neutralen mögen sich hüten“.

(D.N.) Berlin, 4. Juli. Die ital. „Idea Nazionale“ begrüßt Wilsons Rationierung der Neutralen mit folgenden ironischen Worten: Es ist nicht anzügig, daß die europäischen Neutralen, nachdem sie Dürftbergerei mit ihren Dampfern getrieben haben, sich erlauben, schon heute die so geringe Tonnage, die nur dem Kriegsbedarf der Verbündeten dienen soll, für ihre Bedürfnisse mit Beschlag zu legen. Für uns und unsere Verbündeten sind die Neutralen unnütze Mäuler, störendes Gerümpel, solange sie angesichts der brennenden wirtschaftlichen Fragen des Augenblicks ihre Hände in den Schoß legen. Die Neutralen mögen sich hüten!

Englische Umtriebe in Schweden.

Stockholm, 4. Juli. Gewisses Aufsehen erregen laut „Frankfurter Zeitung“ Enthüllungen des „Östgotland Dagblads“ über eine gegenwärtig auf dem Lande vor sich gehende neutralitätsfeindliche Propaganda, die von englischen Agenten betrieben wird. Sie fordert von den Landwirten die Unterschrift für eine Adresse, in der gegen die Höchstpreise, die Beschränkung des Saatgetreides, das Brotkartensystem und die Fleischbeschlagnahme Einspruch erhoben wird. Der Hauptpunkt der Adresse besteht in der Forderung der Öffnung der Roggründrinne, des Abschlusses eines Handelsabkommens mit England und Amerika, das die ständige Einfuhr von Getreide, Futtermitteln, Düngemitteln und Kohle sicher stelle, sowie eines absoluten Ausfuhrverbots von Lebensmitteln nach Deutschland. Das genannte Blatt schreibt: Die Forderungen bedeuten, daß die schwedische Regierung sich nicht nur allen handelspolitischen Forderungen Englands unterwerfen, sondern sich auch für einen Bruch mit Deutschland bereit halten soll, zu einer Politik, die Schwedens Handelspolitik und allgemeine Politik zum Vasallen Englands machen muß.

Der Anfang vom Ende der griechischen Monarchie.

(W.B.) Bern, 4. Juli. Lyoner Blätter melden aus Athen: Ein Teil des Bureaus der neuen Regierung soll im Königspalast untergebracht werden und der königliche Park in öffentliche Anlagen umgewandelt werden. — General Papoulos, der zur Disposition gestellt worden ist, wurde durch General Autojanis ersetzt.

Die Entente und die Vorgänge in China.

(W.B.) Bern, 5. Juli. Die französische Presse erwartet infolge der Wiederherstellung der Monarchie ziemlich übereinstimmend einen Bürgerkrieg zwischen Nord und Süd. Das „Echo de Paris“ erklärt, der Süden sei mit Hilfe Japans heute ebenso separatistisch wie 1911. Tokio und Washington lehnten die zentralistische Bewegung offen ab. Ein starkes China wünsche Japan nicht, Amerika sehe auf eine Politik der offenen Tür.

Zur Lage in Rußland.

Kriegerischer Aufruf der vorläufigen Regierung auch an das Volk und die Marine.

(W.B.) Petersburg, 4. Juli. Die Pet. Tel.-Ag. meldet: Die vorläufige Regierung hat an die Bevölkerung einen Aufruf erlassen, in dem sie alle Bürger auffordert, die persönlichen Interessen zu vergessen und sich wie ein Mann hinter der Armee zusammenzuscharen, die sich in Bewegung gesetzt hat, um die Revolution und das freie russische Volk zu retten. Anlässlich des Beginnes der Offensive hebt ein Tagesbefehl des Kriegsministers alle Urlaube in der Armee und der dahinterliegenden Zone mit Ausnahme der Krankenurlaube auf. Die vorläufige Regierung richtet einen Aufruf an die russische Marine, in dem sie die Tätigkeit der feindlichen Flotte in den russischen Gewässern in der letzten Zeit betont und erklärt, sie sei überzeugt, daß die russische Marine ihre Pflicht gegenüber dem Volk tun werde, das sich der Gefahr bewußt sei, die Rußland bedrohe. In dem Aufruf heißt es ferner: Die russischen Seeleute werden alle Anstrengungen machen in dem Kampf für die großen Ideale der russischen Demokratie. Die Armee hat schon die Offensive ergriffen. In Selbstverleugnung rettet sie das Land vor einer Gefahr, die ihm von außen her droht. Die Marine wird ebenfalls beweisen, daß das große Geschenk der Freiheit uns nicht geschwächt, sondern im Gegenteil, unsere Macht gestärkt hat und uns zu neuen Taten antreibt. — Der Kongreß der Kosaken ganz Rußlands beendigte seine Tätigkeit. Er nahm zwei Entschlüsse an. Die eine wendet sich gegen die Auflösung der Reichsduma, da dies eine Verletzung der Grundgesetze Rußlands sein würde, die andere besagt, daß die Proklamierung der Ukraine die Unversehrtheit des Reiches bedrohe. Die Kosaken erklären daher, daß sie die Regierung bei allen Handlungen in dieser Frage tatkräftig unterstützen.

Zur Haltung der Ukrainer.

(W.B.) Petersburg, 4. Juli. Die vorläufige Regierung beschloß, eine besondere Abordnung in die Ukraine zu entsenden, um sich über die Lage zu unterrichten. Die Abordnung wird sich aus sehr vorstümlichen Persönlichkeiten und den Hauptvertretern der politischen Parteien und Vereinigungen zusammensetzen.

England und der russische Rubel.

(W.B.) Bern, 4. Juli. Der Petersburger Korrespondent der „Morning Post“ äußert in einem vom 28. Juni datierten Bericht die schwersten Bedenken über Rußlands Finanzen und führt u. a. aus, bei Kriegsausbruch habe das Papierzahlungsmittel 100, beim Sturz der Zarenregierung 1000 Millionen Pfund Sterling betragen. Während der ersten drei Monate des neuen Regimes seien bereits weitere 250 Millionen Pfund Sterling ausgegeben worden, und neuerdings würden wöchentlich 25 Millionen Pfund in Umlauf gesetzt. Infolge der gewaltigen Vermehrung des Papiergeldes habe der Rubel 80 Prozent seiner Kaufkraft verloren. Der ausländische Rubelkurs sei kein sicheres Kriterium mehr, da er durch drakonische Maßnahmen aufrecht erhalten werde. — Auf die Tendenz Englands, den russischen Rubelkurs so stark wie möglich herabzudrücken, haben wir ja schon hingewiesen. Jetzt wird die russische Finanzwirtschaft auch noch im Ausland mißkreditiert, damit Rußland ganz der englischen Ausfugung verfällt. Die Schriftl.

Von unsern Feinden.

Die schrittweise Vorbereitung des französischen Volkes auf einen neuen Kriegswinter.

(W.B.) Berlin, 4. Juli. Pariser Journalisten, die Viviani nach seiner Rückkehr aus Amerika sprachen, erzählten, erst im Frühjahr 1918 könne man mit amerikanischer Hilfe rechnen. Man müsse daher die öffentliche Meinung auf einen neuen Kriegswinter vorbereiten. Es solle deshalb zunächst das Vertrauen auf die Hilfe Amerikas kräftig gefördert, jedoch noch nichts darüber laut werden, daß die verbündeten Regierungen tatsächlich beschlossen haben, den Krieg bis ins nächste Jahr fortsetzen.

Die mesopotamischen Mißerfolge im Oberhaus.

Berlin, 5. Juli. Der „Lokalanzeiger“ meldet aus dem Haag: Im englischen Oberhaus verteidigte sich

Vord Hardinge gegen die Anschuldigungen, die in dem amtlichen Bericht über Mesopotamien gegen ihn erhoben worden waren. Ihn treffe keine Verantwortung. Indien sei schon nach den ersten Kriegsmontaten vollkommen erschöpft gewesen. Er sei übrigens nicht dazu berechtigt gewesen, die Einstellung des Vormarsches auf Bagdad zu befehlen. Das Oberhaus hörte seiner Rede in eisigem Schweigen zu.

Die Geheimverträge der Entente.

In der russischen Presse kommen immer mehr Enttäuschungen über die zwischen den Ententemächten geschlossenen Geheimverträge ans Tageslicht. Jetzt wiederum veröffentlicht Rodowosow im „Djen“ ein russisch-rumänisches Abkommen, worin als vom Feinde abzutretende Gebiete die Bukowina, Transylvanien, der Banat, Schumla und Warna genannt werden, insgesamt ein Gebiet von 109 000 Quadratkilometern mit 6,6 Millionen Einwohnern. An diese Veröffentlichung knüpft ein anderes russisches Blatt, die „Pravda“, eine lebhaft kritische über die räuberische „Zigeunerpolitik“ der rumänischen Regierung; jedermann sehe ein, daß es sich bei den in dem russisch-rumänischen Vertrag festgelegten Kriegszielen bloß um Räubereien und um Unterdrückung fremder Völker handele. Weiter sagt die „Pravda“: „In der Presse sind in ihren Hauptzügen schon drei Verträge veröffentlicht worden, der englisch-russische über die Teilung Persiens, der russisch-italienische und der russisch-französisch-rumänische. Alle diese Verträge sind schmutzige, räuberische Verträge. Zum Schutz dieser niederträchtigen Verträge wird der Krieg verlängert. Wenn man uns sagt, daß wir unsern Verbündeten treu sein müssen“, so bedeutet das in Wirklichkeit, daß wir diesen dunklen Verträgen, welche vom Zaren und Banden von Bankiers abgeschlossen wurden, treu bleiben sollen.“ Schließlich wirft das russische Blatt allen den russischen Parteien, die gegen die Veröffentlichung der Geheimverträge auftreten, Falschheit und „Fäulnis ihrer Position“ vor.

Das gefährliche Spiel mit der Hilfe Amerikas.

(D.N.) Berlin, 4. Juli. Das einflussreiche amerikanische Blatt „Springfield Republican“ schreibt: Die britische Regierung treibt ein gefährliches Spiel, wenn sie es für angezeigt erachtet, das englische Volk immer wieder darauf hinzuweisen, daß in allernächster Zeit 100 000 amerikanische Soldaten auf französischem Boden gegen Deutschland kämpfen werden, daß die Vereinigten Staaten den Verbandsmächten 750 Millionen Dollars vorgeschossen habe und eine amerikanische Zerstörerflotte im Atlantischen Ozean bereits an der Arbeit sei. Die britische Regierung sollte sich davor hüten, diese Art von Propaganda zu weit zu treiben, denn sonst könnte ihr der Vorwurf der Einmischung in die amerikanische Politik nicht erspart bleiben.

Die österreichische Nationalitätenfrage.

Der heutige russische Bericht stellt mit Stolz fest, daß an dem Angriff in Galizien sich eine tschechisch-slowenische Brigade, die natürlich aus österreichischen Ueberläufern besteht, besonders hervorgetan habe. Das ist für die staatsverhaltenden Parteien und Bevölkerungsschichten des österreichischen Staates ein umso schwererer Schlag, als fast gleichzeitig mit dieser Feststellung des Verrats der Tschechen und Slowenen seitens der russischen Heeresleitung die neue österreichische Regierung einen Amnestieerlaß für politische Verbrechen herausgegeben hat, der also allen Staatsverrätern auf militärischem und politischem Gebiet Straffreiheit und Erlass ihrer Strafe zusichert. Wir erinnern uns wohl noch der Landesverratsprozesse gegen tschechische Abgeordnete, die wegen Espionage verurteilt werden mußten, und der Feststellung im österreichischen Abgeordnetenhaus, daß sich tschechische Offiziere und Soldaten der Ueberläuferei gerühmt haben. Deshalb haben die deutschen Parteien in Österreich den Amnestieerlaß des Kaisers mit berechtigter Besorgnis angesehen, weil er ein weiteres Zurückweichen der Regierung vor den immer unvershämter auftretenden Majorisierungsversuchen der tschechischen und slowenischen Minderheiten befürchtet läßt. Die Deutschen haben sich sowieso schon viel zu viel den Terror der Tschechen gefallen lassen; immer waren es die Forderungen der deutschen Parteien, die die Regierung glaubte gerade wegen der unbedingten Staatsstreue der Deutschen weniger ernst behandeln zu können. So hat auch ein kaiserlicher Erlass erst kürzlich wieder von den Deutschen besondere Betätigung in staatsverhaltenden Sinn gewünscht, was natürlich nichts anderes heißt, als ein Nachgeben gegenüber den weniger bescheidenen Kindern der Mutter Österreich. Aber die Tschechen und Slowenen wollen in den Bezirken, in denen sie die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, die deutsche Minderheit unterdrücken, und alle österreichischen Slawen mit Einschluß der Polen schwächen durch ihre autonomistischen Bestrebungen den österreichischen Einheitsstaat, den die deutschen Parteien im Interesse seiner wirtschaftlichen und politischen Macht zu stärken suchen. Da die deutschen Parteien sich von den ewigen Zugeständnissen an die Slawen nichts Gutes für die so notwendige Einheit und Einigkeit des österreichischen Staates versprechen, so haben sie durch Erklärungen ihrem Mißtrauen und ihrem Befremden über den Amnestieerlaß in mehr oder weniger kräftigen Worten Ausdruck gegeben. Die deutschradikale

Amtliche Bekanntmachungen.

Heidelbeeren.

Für den Verkauf von Heidelbeeren sind im Bezirk aufgestellt:

Obsthändler Köhm in Calw,
Milchhändler Reger in Altburg und
Milchhändler Holzäpfel in Altbulach.

Die Sammler werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß sie auch beim direkten Verkauf der Heidelbeeren an den Verbraucher den Erzeugerhöchstpreis von 28 $\frac{3}{4}$ für ein Pfund nicht überschreiten dürfen.
Calw, den 4. Juli 1917.

A. Oberamt: Binder.

Herstellung von Zwiebad.

Nach der von der Bäckerinnung vorgeschlagenen Reihenfolge Baden vom 11. Juli bis 10. August ds. Js. Zwiebad

Herr August Gadenheimer und
Gottlieb Heller hier.

Calw, den 3. Juli 1917.

Kommunalverband: Regierungsrat Binder.

Schweinefett.

Gemäß Ziffer 5 der oberamtlichen Anordnungen vom 13. April 1917, betreffend Schweinefettverbrauchsregelung,

Calwer Tagblatt Nr. 86, wird für den Monat Juli die abzugebende Fettmenge für jeden Versorgungsberechtigten auf 62 $\frac{1}{2}$ Gramm, für Kinder bis zum Beginn des Kalenderjahres, in dem sie das 6. Lebensjahr vollenden, auf die Hälfte festgelegt.

Der Einföhrungswert der ganzen Schweinefettmarke C des Kommunalverbands beträgt somit 62 $\frac{1}{2}$ Gramm u. diejenige einer halben Marke C 31 Gramm.
Calw, den 3. Juli 1917

A. Oberamt: Binder.

Die den Schultheißenämtern mit heutiger Post eingehenden Vorbrude zur

Anzeige über die im Monat Juni 1917 erteilten Kleiderbezugscheine

sind umgehend auszufüllen und bis spätestens 8. Juli 1917 wieder hierher vorzulegen.

Calw, den 2. Juli 1917

A. Oberamt: Binder.

Rgl. Oberamt Calw.

Auf die im Staatsanzeiger Nr. 149 erschienene Verfügung des R. Ministeriums des Innern vom 28. vor. Mts. betreffend

Branntwein aus Obst, Obstwein, Obstmost und Obstresten, werden die beteiligten Kreise hiemit hingewiesen.

Der Staatsanzeiger kann bei den Herren Ortsvorstehern eingesehen werden; letztere haben die Verfügung sofort in den Gemeinden ortsüblich bekannt geben zu lassen.
Den 3. Juli 1917. Regierungsrat Binder.

Bekanntmachung des R. Ministeriums des Innern vom 26. Juni 1917, betreffend die Kriegswohlfahrtspflege (Staatsanzeiger Nr. 148).

Zu den Aufwendungen auf dem Gebiet der Kriegswohlfahrtspflege gehören auch Unterstüßungen, die von den Gemeinden solchen ganz oder überwiegend erwerbsunfähigen Personen im Falle der Bedürftigkeit gewährt werden, die nach den Vorschriften der Reichsversicherungsgesetze und der Knappschaftsklassen Renten empfangen.

Die Ausgaben sind nach den hierüber geltenden Vorschriften (zu vergl. insbesondere den Erlaß des Ministeriums des Innern an die R. Kreisregierungen und die R. Oberämter, betreffend Kriegswohlfahrtspflege vom 16. Januar 1915, Kriegsbeilage Nr. II zum Amtsblatt des Ministeriums des Innern S. 19), anzumelden und unter den „Aufwendungen für sonstige Zwecke der Kriegswohlfahrtspflege“ zu verrechnen.

Calw, den 3. Juli 1917.

A. Oberamt: Binder.

Gedenket der U-Boot-Spende!

Aus Stadt und Land.

Calw, den 5. Juli 1917.

Das Eiserne Kreuz 1. Klasse.

* Mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse wurde ausgezeichnet Oberleutnant und Kompagnieführer Huber von Emmingen, früher Referendar am hiesigen Amtsgericht, Landtagspräsident v. Kraut.

Der Präsident der Zweiten Kammer, Rechtsanwalt v. Kraut, beging gestern seinen 60. Geburtstag. v. Kraut, der 1900 als Führer der konservativen Partei Württembergs vom Oberamtsbezirk Calw, 1906 und 1912 als Proporzabgeordneter in die Zweite Kammer gewählt worden ist und seit dem Ausscheiden des Geh. Rats v. Payer, seit 1913 das schwierige Amt ihres Präsidenten inne hat, hat es in den seither verfloßenen Jahren verstanden, durch seine unparteiische und geschäftskundige Amtsführung sich die Achtung aller Parteien des Hauses zu erwerben.

Gegen die Schädigung des deutschen Wirtschaftslebens durch Kriegsgefangene.

Aus Anlaß der in der letzten Zeit festgestellten vielfachen Verjuche von Kriegsgefangenen, das deutsche Wirtschaftsleben durch Zerstörung deutschen Eigentums (Sabotage) zu schädigen, mehrten sich die Zuschriften, in denen Ratschläge erteilt werden, gegen Kriegsgefangene, die bei der Ausführung solcher Verbrechen abgefahrt werden, aufs strengste einzuschreiten. Von zuständiger Stelle wird darauf hingewiesen, daß die Militärbehörden entsprechende Maßnahmen rechtzeitig angeordnet haben, Kriegsgefangene, die sich des erwähnten Verbrechens schuldig machen, werden aufs strengste, gegebenenfalls mit dem Tode bestraft.

Zur Kohlenversorgung.

Die Mitglieder des Beirats zur Volksernährung des Reichstags haben die nachstehende Entschlieung angenommen: Der Beirat wolle beschließen: Den Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamts aufzufordern, auf eine erhöhte Produktion der Kohlen und die beschleunigte Beschaffung und Durchführung eines einheitlichen Versorgungs- und Verteilungsplanes hinzuwirken, insbesondere dafür Sorge zu tragen: 1. daß eine ausreichende Versorgung der ländlichen Gas- und Elektrizitätswerke und dadurch vor allen Dingen die Versorgung der Bevölkerung mit Kochgas sichergestellt, 2. den Ueberlandzentralen, den Mühlen und Nahrungsmittelebetrieben, den Landwirtschaftsbetrieben und den ländlichen Schmieden rechtzeitig Kohlen in ausreichender Menge geliefert werden, 3. daß für den Hausbrand unter entsprechender allgemeiner Rationierung die notwendigen Kohlen zur Verfügung gestellt werden.

Die Mondfinsternis.

* Die Mondfinsternis, auf deren Erscheinung wir am Montag hingewiesen hatten, war gestern Abend bei schönem klarem Himmel prächtig zu beobachten. Die Mondfinsternis entsteht wie bekannt durch Verfinsternung des Vollmondes durch den Schatten der Erde. Bei Eintritt der „Finsternis“ sieht man einen dunklen Schatten über die Mondscheibe rücken, und zwar von Osten nach Westen. Die dunkle Scheibe, welche sich mit der Zeit über den Mond herschiebt, ist der Schatten der Erde, welche zur Zeit des Vollmondes zwischen Sonne und Mond steht. Die Verfinsternung des Mondes bedeutet also das Eintreten des Mondes in den Erdschatten. Geht nun der ganze volle Mond durch den Erdschatten, so daß er gar kein Licht von der Sonne erhält, so ereignet sich eine totale Mondfinsternis, wird der Mond aber noch teilweise von der Sonne beleuchtet, so haben wir eine partielle Mondfinsternis. Gestern hatten wir eine totale Mondfinsternis. Der Schatten der Erde trat in die Mondscheibe um 9 Uhr 25 Minuten, gegen 12 Uhr befand sich die Mondscheibe ganz im Erdschatten, und nach 1 Uhr war das Mondlicht wieder von dem Schatten befreit.

Partei sagt sogar der gegenwärtigen Regierung ihr Vertrauen auf, weil sie den Erlaß als Schwäche gegen die Tschechen auffaßt, deren gegen das Ganze gerichtete Begehrlichkeit dadurch ins Ungemessene gesteigert werde. Die Deutschenationalen erklärten, daß sie es begrüßen würden, wenn die erhofften Wirkungen des Amnestieerlasses eintreten würden, wenn aber das Gegenteil eintrete, dann würden die Verzweiflung und die Entbehrung des deutschen Volkes auf höchste steigen. Auch in Deutschland wünscht man von Herzen, daß sich der Amnestieerlaß als Mittel zur Verständigung der Nationalitäten erweist, aber natürlich nicht in dem Sinn, daß die deutschen Parteien auch weiterhin als Aschenbrödel behandelt werden, d. h. daß man sie nur fragt, wenn man ihre nationale Zuverlässigkeit in Anspruch nehmen will.
O. S.

Vermischte Nachrichten.

Vergeltung gegenüber französischen Schiffanen an den deutschen Kriegsgefangenen.

(WB.) Berlin, 4. Juli. (Amtlich.) Die französische Regierung hat angeordnet, daß den Kriegsgefangenen und zivilinternierten Deutschen in Frankreich Nahrungsmittel, Tabak in jeder Form, Toiletteartikel und Arzneien aus den Postpaketen, sowie aus den Sammelendungen des Hilfsvereins nicht mehr ausgeschändigt werden. Sie begründen ihre Maßregel durch die Behauptung, daß in Deutschland den Kriegsgefangenen und zivilinternierten Franzosen der Inhalt ihrer Pakete vorenthalten werde. Diese Behauptung ist nicht zutreffend. Allerdings mußte eine strenge Untersuchung der an die feindlichen Kriegsgefangenen und zivilinternierten gerichteten Pakete angeordnet werden, da in ihnen Anleitungen und Werkzeuge zur Schädigung der deutschen Ernten und anderweitiger Sabotage in großer Zahl entdeckt worden waren. Die durch eingehende Untersuchung der Post unvermeidlichen Verzögerungen sind jedoch soweit als möglich behoben worden. Die deutsche Regierung hat daher von der französischen Regierung die Aufhebung ihrer willkürlichen Maßregel verlangt und angeordnet, daß bis auf weiteres den französischen Kriegs- und Zivilgefangenen in Deutschland dieselben Arten von Waren, die von französischer Seite beschlagnahmt werden, ebenfalls vorenthalten werden. Wenn diese Maßregel nicht ausreicht, wird die Sperrung der bisher gestatteten Brotmehlmessungen für französische Gefangene in Deutschland in Erwägung gezogen werden. Die Aufhebung der französischen Maßregel wird in der Presse bekanntgegeben werden. Bis dahin empfiehlt es sich, den Kriegsgefangenen und zivilinternierten Deutschen in Frankreich anstatt der verbotenen Waren Geld zu senden.

Ein wertvolles Eingeständnis des Verräters Weil.

(WB.) Berlin, 5. Juli. Im Ausschuß der französischen Sozialistenpartei warnte der frühere deutsche Reichstagsabgeordnete Weil davor, sich auf eine Abstimmung in Elsaß-Lothringen über die Zugehörigkeit des Landes einzulassen. Eine solche Abstimmung könne leicht zur Folge haben, daß Elsaß-Lothringen als französisches Kriegsziel ausgeschieden würde.

Das Urteil im Prozeß Kupfer.

(WB.) Berlin, 4. Juli. Der Prozeß gegen Frau Meta Kupfer wurde heute in später Abendstunde vor dem Landgericht I zu Ende geführt. Die Geschworenen bejahten nach längerer Beratung die Schuldfrage nach schwerer, nichtöffentlicher Urkundenfälschung nach Konkursvergehen und nach Bewilligung mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte hierauf eine Ge-

fängnisstrafe von 5 Jahren und 3 Monaten und 10 Jahren Ehrverlust. Das Gericht erkannte auf 2 Jahre 5 Monate und 3 Tage Gefängnis und rechnete davon 5 Monate und 3 Tage auf die Untersuchungshaft an.

Eine Folge des Studentenstreiks in Warschau.

Berlin, 5. Juli. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Königsberg: Sämtliche ehemaligen Studierenden des Polytechnikums in Warschau, die dort nicht heimathet sind, haben, laut Bekanntmachung des Kaiserlichen Gouverneurs, die Stadt bis morgen zu verlassen.

Aus dem Verfassungsausschuß des Reichstags.

Aus dem Verfassungsausschuß.

(WB.) Berlin, 4. Juli. Der Verfassungsausschuß des Reichstags begann heute die Beratung der Anträge auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in jedem Bundesstaat und in Elsaß-Lothringen. Ein sozialdemokratischer Redner begründete den Zusatzantrag auf Einführung der Verhältniswahl und des Frauenwahlrechts, sowie die Herabsetzung der Altersgrenze für das aktive Wahlrecht auf das 20. Lebensjahr. Seine Freunde würden jedes Pluralwahlrecht ablehnen. Ein konservativer Redner erwiderte, die Reichsverfassung gebe dem Reiche kein Recht, in Einzelstaaten eine Verfassung aufzustellen. Die preussische Staatsverwaltung sei im Grunde eine große Kommunalverwaltung, die auf dem Gebiete der Eisenbahnen, der Schulen und der Besteuerung vorbildlich gewirkt habe. Auch der Reichskanzler habe seinerzeit die staatsfluge- und volksfreundliche Arbeit des preussischen Dreiklassenparlamentes anerkannt. Alle wichtigen politischen Dinge jedoch seien heute schon Angelegenheit des Reiches. Im Verfassungsausschuß des Reichstags meinte bei der Weiterberatung der Anträge auf Einführung des Reichstagswahlrechts in den Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen ein Mitglied der Deutschen Fraktion, es werde immer wieder vergessen, daß Deutschland im Gegensatz zu England und Frankreich kein Einheitsstaat sei. Im übrigen liege ein Bedürfnis zur Beschleunigung der Wahlrechtsreform nicht vor. Ein fortschrittlicher Redner erklärte, seine Freunde würden die übertriebenen sozialdemokratischen Forderungen (20. Jahreshrenze, Frauenwahlrecht) ablehnen. Er legte folgende gemeinsame Entschlieung beider liberalen Fraktionen vor: „Mit der an den Reichskanzler und preussischen Ministerpräsidenten gerichteten Osterbotschaft des Deutschen Kaisers ist auch der Reichstag der Ueberzeugung, daß nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr ist. Wie alle Schichten des Volkes in pflichtbewußter Aufopferung an der glücklichen Durchführung des gewaltigen Krieges mitwirkten, werden auch die großen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben, die bei Ausgang des Krieges und nach dem Kriege zu erfüllen sind, der hingebungsvollen und freudigen Mitarbeit des ganzen Volkes bedürfen. Hierfür aber ist unerlässliche Voraussetzung daß die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung in allen Bundesstaaten ohne Verzug durchgeführt wird. Dadurch werden in Staat und Reich machtvollere neue Kräfte für die Entscheidung des Krieges, sowie für den Neuaufbau des deutschen Lebens zur Entfaltung gebracht. Mit formalistischen Einwendungen und Verschleppungsversuchen kommt man nicht zum Ziele. Das Volk will den guten Willen und möglichst bald Tatsachen sehen.“ Ein nationalliberaler Redner schloß sich den allgemeinen Entschlieungen an. Es müsse großzügig gearbeitet werden. Nach weiterer Aussprache äußerten Redner der Konservativen und Zentrumsfraktion den Wunsch, den Fraktionen Zeit zur Aussprache über die liberale Erklärung zu geben. Daraufhin unterbrach der Ausschuß die Beratung und stellte zunächst einen Teilbericht über die abgeschlossene Beratung betreffend das Wahlrecht im Reiche fest.

Aus den Kirchenbüchern. Vom 28. Januar bis 30. März.

Getauft wurden: 28. Jan. (geb. 8. Jan.) Friedrich Wilhelm, Kind des Gustav Kleinbinder, Fabrikarbeiters hier, 3. Jt. im Feld; 28. Jan. (geb. 9. Dez.) Hedwig Anna, Kind des Heinrich Maier, Monteurs hier, 3. Jt. im Heeresdienst; 28. Jan. (geb. 15. Jan.) Otto, Kind des Joh. Georg Erhardt, Tagelöhners hier († 29. Jan.); 4. Febr. (geb. 27. Dez.) Klara Elsa, Kind des Friedrich Schag, Schaffners hier; 4. Febr. (geb. 3. Jan.) Mathilde, Kind des Wilhelm Engelhardt, Bremfers hier, 3. Jt. im Heeresdienst; 4. Febr. (geb. 12. Jan.) Otto, Kind des David Hardecker, Fabrikarbeiters hier; 7. Febr. (geb. 3. Jan.) Lucia Hanni Frances, Kind des Elia Komparos, Kaufm. hier; 23. Febr. (23. Febr.) Wilh. Adolf, Kind des Georg Schramm, Schaffners hier; 25. Febr. (geb. 12. Febr.) Frida, Kind des Joh. Konrad Geiger, Fabrikarbeiter auf Tanneneck; 25. Febr. (geb. 4. Febr.) Karl Hermann, Kind des Friedrich Soulier, Schlossers hier, 3. Jt. im Heeresdienst; 3. März (geb. 26. Febr.) Emil Eberhard, Kind des Christian Pfeifle, Friseurs

hier, 3. Jt. im Feld († 3. März); 4. März (geb. 19. Febr.) Theodor, Kind des Joh. Kalmbach, Hilfschaffners hier. Zusammen 12. — In Stuttgart wurde getauft am 18. Februar (geb. 14. Febr.) Kurt Friedrich, Kind des Friedrich Gehring, Privatmanns hier.

Kirchlich getraut wurden: 18. Febr. Johannes Seybold, Witwer, Obersekretär der Kammer der Standesherrn in Stuttgart und Julie Salmann, geb. Palm, Witwe hier. — In Stuttgart wurden am 29. Nov. 1916 kirchlich getraut Siegmund Trion, Amtsrichter, 3. Jt. im Heeresdienst, und Hilde Herrmann, Tochter des Privatmanns H. in Krefeld, Dtl. Kedarfulm.

Kirchlich beerdigt wurden: 4. Febr. († 1. Febr.) Luise Schürle, Ehefrau des Kirchenpflegers Fr. Schürle hier, 79 J.; 9. Febr. († 7. Febr.) Alfred Walter, Kind des Schmiedmeisters Nezer hier, 3. Jt. im Heeresdienst, 1 J.; 10. Febr. († 8. Febr.) Julie, Witwe des Pfarrers Hermann Schmidgall, geb. Zilling, 77 J.; 20. Febr. († 18. Febr.) Simon Kugel, Fabrikarbeiter hier, Witwer, 80 1/2 J.; 27. Febr.

(† 25. Febr.) Christiane Schill, Tagelöhnerin hier, 66 J.; 2. März († 27. Febr.) Luise, Ehefrau des Georg Schramm, Schaffners, hier, geb. Klein, 39 1/2 J.; 7. März († 5. März) Franz Jakob Schelling, led. Tagelöhner von hier, 68 J.; 12. März († 10. März) Marie, geb. Schiele, Witwe des Drehermeisters Rud. Venz hier, 85 J.; 13. März († 10. März) Zacharias Bauer, Sattlermeister hier, 83 J.; 14. März († Ludwigsburg 11. März) Paul Weisfäder, Dr. phil., Rektor a. D., 67 1/2 J.; 18. März († 15. März) Ulrich Weber, Fabrikarbeiter, hier, 53 1/2 J. Zusammen 11. — 24. März; Hausandacht für Ludwig Weiser, Uhrmacher hier († 22. März, 75 1/2 J.) vor Ueberführung zur Einäscherung.

Mutmahlliches Wetter am Freitag und Samstag.

Der Hochdruck hat nunmehr sämtliche Störungen aufgelöst. Für Freitag und Samstag ist trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck u. Verlag der A. Döschlagerschen Buchdruckerei, Calw.

Bekanntmachung

des
kgl. Generalkommandos XIII. (R. W.) Armeekorps.

Am 1. Juli 1917 ist eine neue Bekanntmachung Nr. 14 808 K. 17 W.K. 8 L. betr. Beschlagnahme und Bestandserhebung für elektrische Maschinen, Transformatoren und Apparaten in Kraft getreten, durch welche die frühere Bekanntmachung vom 15. Oktober 1915 — siehe Beilage zum Staatsanzeiger vom 15. Oktober 1915, Nr. 242 — aufgehoben worden ist. Beschlagnahme und zu melden sind: Elektromotoren, Stromerzeuger, Umformer und Motorgeneratoren, Transformatoren, Schaltapparate, Sicherungs-, Anlauf- und Regulierapparate, Meßinstrumente usw. für Stromstärken von 200 Amp. an aufwärts.

Die Meldungen haben auf den amtlichen Meldekarten für jeden betreffenden Gegenstand besonders in doppelter Ausfertigung an die Kriegsbedarf- und Rohstoffstelle, Elektrotechnisches Referat, Stuttgart, Dorotheenstr. 2-4 (Gasthof Silber, abgekürzte Briefanschrift: Kribero 1 Stuttgart) zu erfolgen, wozu auch alle Anfragen und Anträge zu richten sind. Die Meldekarten sind bei der genannten Stelle mittels frankierter Postkarte anzufordern.

Der Wortlaut der neuen Bekanntmachung ist im Staatsanzeiger vom 3. Juli 1917 einzusehen.

Stuttgart, den 3. Juli 1917.

Stadtschultheißenamt Calw.

Wegen der jährlichen Hauptreinigung bleibt die

**Kanzlei des Stadtschultheißenamts
am Montag, den 9. ds. geschlossen.**

Die Metzger und Wirte haben ihre

Fleischmarken

am Samstag, den 7. ds. abzuliefern.

Calw, den 4. Juli 1917.

Stadtschultheißenamt: A. W. Dreiß.

Gemeinde Zwerenberg.

Zum Sammeln von Beeren

in den hiesigen Wäldungen haben

Auswärtige besondere Erlaubnis einzuholen.

Zu widerhandlungen werden bestraft.

Schultheißenamt.

Emberg.

Das Sammeln von Beeren jeder Art

in den hiesigen Gemeindeväldungen ist

für Auswärtige bei Strafe verboten.

Gemeinderat.

Am Freitag, den 6. Juli, habe ich in meinen Stallungen zum „Deutschen Kaiser“

in Altensteig

einen großen Transport

schwerer Zugtiere

und Zugochsen

zum Verkauf, wozu Liebhaber freundlichst einladet

Max Lemberger aus Rellingen.



**Kgl. Forstamt Stammheim.
Beigholz- und Reifig-
Verkauf**

am Freitag, den 6. Juli, abends
6 Uhr im „Röhle“ im Stamm-
heim aus Staatswald Kastanien-
weg und Wilhelmseiche:

Rm.: 6 Nadelholzprügel, 94
desgl. Anbruch, 14 Flächen-
lose ungebund. Nadelreisig,
geschägt zu 3350 Wellen.

**Brenn. Süddeutsche
Klassen-(Staats-)Lotterie.**

Loose sind noch zu haben
bei
W. Witz, Markt.

Ziehung: 10. und 11. Juli.

Pergament-Papier

in Bogen zu 10 Pfg. und

Salicyl-Pergament

in Rollen empfiehlt

Emil Georgii.

Schulntlassenes

Mädchen

für Hausarbeit
baldigst gesucht.

Von wem, sagt die Geschäftsl. d. Bl.

Wegen Erkrankung des seit-
herigen Mädchens suche ich kräftiges

Mädchen

für Haus und Landwirtschaft
**Friedrich Reutshler, Bauer,
Monalam.**

Braves tüchtiges

Allein-Mädchen

für sofort oder später
nach auswärts gesucht.

Zu erfragen

Gasthaus zum „Schwanen“.

Eine zuverlässige fleißige

Röchin

gesucht.

Frau Apotheker Rehler,
Pforzheim,

3. Jt. Siegen i. W., Giersberg 4.

Suche für 17-jähriges kräftiges
fleißiges

Mädchen

von der Stadt für Monat Juli
freie Unterkunft auf dem Lande
gegen Mithilfe bei der Feldarbeit.
Angebote an

A. Ruhn, Hirsau.

Neubulach, 4. Juli 1917.

Dankfagung.

Bei dem uns betroffenen schweren Verluste
meines so lieben unvergesslichen Mannes und treu-
besorgten Vaters, Sohnes und Bruders



Landwehrmann

Johannes Ezel,

wurden mir von Nah und Fern so
viele Beweise herzlicher Teilnahme und Liebe zu
teil, daß es mir unmöglich ist, jedem zu danken.
Ich sage daher auf diesem Wege allen, die mir in
diesen schweren Tagen beistanden und ihre Teil-
nahme bezeugten, besonders auch für die trostreichen
Worte des Herrn Stadtpfarrers Schlaich und für
die Ehrenbezeugung der Kriegervereine des Kirch-
spiels, auch für alle ihm erwiesene Liebe während
seiner Dienstzeit herzlichen Dank.

Die trauernde Gattin: **Regine Ezel**
mit ihren 2 Kindern.

**Ankauf von getragenen Kleidern
und Schuhen**

Freitag 2-4 Uhr in der Oberamtspflege.

**Schlosser, Autogenschweißer
sowie einige Hilfsarbeiter,**

die schon in Metall gearbeitet haben,

gesucht.

Ernst Wolff, Apparatebau, Hirsau.



Hübsches Wohnhaus

mögl. mit anschließ.

Garten in Calw oder Umgebung

gegen Barzahlung zu kaufen gesucht.

Gest. Angebote mit Beschreibg. der Lage, sowie Preisangabe unter
A. B. 500 an Rudolf Mosse, Stuttgart.

Ordentliche Familie sucht

3-Zimmerwohnung

womöglich parterre und mit sämt-
lich. Zubehö., per 15. September
oder 1. Oktober.

Angebote untl. F. B. mit Preis-
angabe an die Geschäftsl. d. Bl.

Einen neuen

Ruh-Wagen

hat zu verkaufen.

Chr. Stürner.

Beamter sucht

1-2 möbl. Zimmer

Nur schriftl. Ang. u. S. L. 25
an die Geschäftsstelle dief. Blattes.

Sunge gute

Milch-Ziege

mit 2 Mutterlämmern

zu verkaufen

Gottlieb Buh, Zwinger